

## **Beschluss des 116. Landesparteitages der FDP Hamburg vom 12. September 2022**

# Krisenstopp für Hamburgs Schulen und Hamburgs Kinderbetreuungseinrichtungen!

Schülerinnen und Schüler an den Hamburger Schulen haben in der Corona-Pandemie besonders gelitten. Der Schul-Lockdown hat zu massiven Lernrückständen, Rückschritten in der psychosozialen Entwicklung und zu psychischen Krankheiten geführt. Sie mussten viele Freiheitseinschränkungen ertragen und Test- und Maskenpflichten galten noch, als die Fußballstadien schon lange wieder voll mit Menschen waren. Besonders Schülerinnen und Schüler aus finanziell ärmeren Familien, wo Internet, Endgeräte, Schreibtisch oder ein eigenes Zimmer nicht gegeben waren, konnten ihr Recht auf Bildung nicht in vollem Umfang wahrnehmen. Im kommenden Winter dürfen sich diese Notlagen nicht wiederholen. Die FDP Hamburg fordert einen Krisenstopp für Hamburgs Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen!

### 1. Infektionsschutz und Corona-Folgen

Wir begrüßen, dass die FDP Fraktion im Deutschen Bundestag darauf hingewirkt hat, dass das neue Infektionsschutzgesetz keine Schulschließungen, Ausgangssperren und Kontaktbeschränkungen mehr vorsehen wird. Auch einer Maskenpflicht in der Schule stehen wir kritisch gegenüber. Masken sind ein effektives Mittel der Pandemiebekämpfung, wo Infektionsketten schwer nachvollziehbar und die Gefahren einer Infektion hoch sind. Dies ist an Schulen nachweislich anders. Kinder sind zudem nur selten von schweren Krankheitsverläufen betroffen und der Charakter der Pandemie hat sich verändert. Eine Maskenpflicht für Schülerinnen und Schüler, während gleichzeitig in Lokalitäten ohne Masken gefeiert werden kann, lehnen wir unabhängig von der Klassenstufe ab, ebenso wie eine Testpflicht.

Schülerinnen und Schüler müssen die Chance bekommen, Lernrückstände aufzuholen und ihre Schullaufbahn erfolgreich zu beenden. Daher fordern wir den Senat auf, eine Anschlussfinanzierung für das Programm „Aufholen nach Corona“ aus Ländermitteln sicherzustellen. Zudem sollen Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse die Möglichkeit bekommen, das Schuljahr freiwillig zu wiederholen, wenn ansonsten ein Übergang in die gymnasiale Oberstufe nicht möglich ist, etwa, weil die schulischen Leistungen wegen der Belastungen durch die Corona-Pandemie sich verschlechtert haben.

Wir fordern die Schulbehörden auf, das Wiederholen der 10. Klasse an Stadtteilschulen zu ermöglichen, um den Lernrückstand aufzuholen. Dies geschieht unabhängig von der bereits bestehenden Aussicht, den nächsthöheren Abschluss zu erreichen.

### 2. Gasmangel

Bei einem zu erwartenden Gasmangel muss die Wärmeversorgung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen höchste Priorität haben. Dem Corona-Lockdown darf kein Gas-Lockdown folgen, sondern wir wollen diese Spirale durchbrechen und die Schulen prioritär versorgen. Im Falle eines Energiemangels soll die öffentliche Verwaltung vorangehen und die Beheizung von Bürogebäuden reduzieren; Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen, wenn möglich,

im Home-Office arbeiten. Dadurch sollen Ressourcen für die Beheizung der Schulgebäude genutzt werden können.

### 3. Schulessen

Mit leerem Magen lernt es sich schlecht. Der Senat muss daher sicherstellen, dass auch vor dem Hintergrund gestiegener Rohstoff- und Energiepreise die Versorgung mit einem vollwertigen, gesunden und preisgünstigen Schulessen sichergestellt ist. Wir fordern den Senat auf, eine Neuverhandlung der Verträge mit den Caterern zu prüfen, damit die Preiserhöhung nicht zulasten der Schülerinnen und Schüler geht. Kurzfristig soll der Zuschuss der Stadt temporär erhöht werden, um eine mögliche Insolvenz der Caterer abzuwenden. Unsere Kinder haben es verdient, qualitativ gutes Schulessen zu erhalten.

Besonders an Schulen in herausfordernden Lagen sollen zudem Obst und Gemüse kostenlos als Ergänzung zum Schulessen für die Kinder zur Verfügung stehen.

Essen dient nicht allein der Nahrungsaufnahme, sondern auch der Pflege von sozialem Austausch, der besonders nach einer Zeit der Distanz dringend gefördert werden soll. Dennoch ist es nach wie vor nicht in allen Schulen möglich, dass die Kinder ausreichend Zeit und Platz zum gemeinsamen Essen haben. Die FDP Hamburg fordert den Hamburger Senat auf, hier kurzfristig Möglichkeiten für Raum und Zeit des gemeinsamen Essens zu schaffen, mittelfristig Anpassungen bereits geplanter Erweiterungen und Neubauten zu prüfen und diese beschleunigen und langfristig die Planung von Gebäuden und Räumen an den veränderten Bedarfen für Lern- und Sozialräume auszurichten.

### 4. Inflationsausgleich

Für viele Menschen ist die Anschaffung ausreichender und angemessener Schulmaterialien, wie von Heften und Stiften, zu einer Belastung geworden. Auch hier muss der Senat mit einem Härtefond schnell und unbürokratisch Hilfe direkt über die Lehrkräfte anbieten. Wir setzen daher auf unbürokratische Schul- und Lehrmittelfreiheit, um Bildungschancen von finanziellen Ressourcen der Eltern zu entkoppeln und Stigmatisierung zu verhindern. Finanziell ärmere Familien müssen besonders unterstützt werden, etwa durch Gutschein-Lösungen. Nachdem besonders Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familien vom 9-Euro-Ticket profitiert haben, halten wir es für geboten, dass es auch in Zukunft ein ähnliches Angebot zu einem vergleichbaren Preis für diese Kinder und Jugendliche geben muss.

### 5. Psychische Gesundheit

Psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen waren im Jahr 2020 die häufigste Ursache für stationäre Krankenhausbehandlungen von jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren. Wir fordern den Senat auf, auf die gestiegenen Bedarfe zu reagieren und zusätzliche Stellen für schulpsychologisches Fachpersonal an Schulen zu schaffen. Wir setzen uns außerdem für die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen ein.